Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 30 (1951)
Heft: 11

Artikel: Demokratischer Sozialismus
Autor: Hobi, Cassian
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-336624

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

CASSIAN HOBI

Demokratischer Sozialismus

Die sozialistische Bewegung hat in den vergangenen dreißig Jahren einen Prozeß fortwährender Mäßigung durchgemacht. Die Abspaltung der kommunistischen Richtung bildete den Auftakt dazu. Das doktrinäre Verhalten der Kommunisten, die absolute Starrheit ihrer Zielsetzung und vor allem ihr stures Ausgerichtetsein auf eine einzige Person, deren Befehle sie blindlings befolgten, stempelten sie zu einer autoritär-extremen politischen Partei, welche mit den sozialistischen Parteien eigentlich nur noch die formelle Ausgangsbasis gemeinsam hatte. Demgegenüber blieben die sozialistischen Parteien der verschiedenen Länder stets autonom und bewahrten sich die Freiheit, aus eigener Erfahrung, Entwicklung und Entschließung für ein besseres Dasein der Arbeiterklasse und eine bessere Gesellschaftsordnung zu kämpfen und diesen Kampf den historischen, politischen und charakterologischen Gegebenheiten der einzelnen Staaten anzupassen. Daß gleichwohl die übergeordnete verbindende Idee, eine sozialistische Gesellschaftsordnung auf internationalem Boden zu erreichen, hochgehalten werden konnte, bewies die Reaktivierung der Sozialistischen Internationale im Juli 1951.

Obwohl die sozialistischen Parteien Europas unaufhörlich beweisen, daß sie ihre Ziele mit legalen Mitteln zu erreichen trachten, obwohl sie selbst dort, wo sie zur Regierung gelangten, ihr Programm auf verfassungsmäßigem Boden verwirklichen und obwohl gerade auch die Sozialdemokratische Partei der Schweiz je und je ihre Loyalität gegenüber schweizerischem Volk und Staat — zumal auch in schweren Stunden — unter Beweis gestellt hat, versuchen bürgerliche Betrachter des Geschehens immer wieder, Zweifel an der Ehrlichkeit der sozialdemokratischen Haltung und Politik zu säen und dem Mißtrauen das Wort zu reden. Das Zentrum solcher Angriffe bildet zumeist die Behauptung, der Sozialismus sei nicht demokratisch, ja er sei an sich überhaupt antidemokratisch. Mit Vorliebe wird dabei auf den längst überholten und 1935 aus dem Parteiprogramm der schweizerischen Sozialdemokraten entfernten «Diktaturparagraphen» hingewiesen.

In diesem Sinne hat in den «Schweizer Monatsheften» (Heft 12, März 1951) *Werner Schobinger* den «Demokratischen Sozialismus» schweizerischer Prägung zum Ziel einer Polemik gemacht. Seine Behauptungen lassen sich in zwei Punkten zusammenfassen: daß der demokratische Sozialismus erstens zwangsläufig zum Kommunismus führe und zweitens Demokratie überhaupt ausschließe. Schobinger stützt sich dabei weitgehend auf die Schrift W. A. Jöhrs: «Ist ein freiheitlicher Sozialismus möglich?» und übersieht naturgemäß wie Jöhr selbst, daß eine Argumentation auf Grund von Tatsachen nicht möglich ist, weil eben die Haltung aller sozialistischen Parteien Europas nicht anders denn als demokratiebejahend anerkannt werden muß. Es läßt sich nicht ein einziges Beispiel dafür anführen, daß der Sozialismus, bzw. eine sozialistische Partei irgendwann in irgendeinem Staat den Kommunismus oder eine Diktatur in die Wege geleitet hätte. Die «Beweisführung» muß sich daher eo ipso mit rein theoretischen Erörterungen begnügen und sich weitgehend auf willkürliche Interpretation von Aeußerungen sozialdemokratischer Politiker beschränken.

Die Anfechtbarkeit solcher Diskussionsmethoden erhellt schon aus dem seltsamen Vorwurf, die Sozialdemokraten hätten es vermieden, «eine klare Grenzlinie gegen den Kommunismus zu ziehen». Nun liegen aber — mindestens seit dem Auftreten der «Partei der Arbeit», zum Teil aber schon früher — massenhaft Äußerungen der sozialdemokratischen Politiker vor, die eindeutige Stellungnahme und «Grenzziehungen» gegen den Kommunismus enthalten, ja die sogar Kampfansagen an den kommunistischen Extremismus gleichkommen. Werner Schobinger müssen diese persönlichen und in der Presse erfolgten Feststellungen unbedingt bekannt gewesen sein. Inzwischen hat auch die Sozialistische Internationale Erklärungen publiziert, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen (vgl. «Rote Revue», Juli 1951, S. 317 f.).

Was wird heute überall in der Welt unternommen, um den Kommunismus zu bekämpfen? Man trachtet danach, die wirtschaftliche Existenz des Einzelnen, vor allem auch des Arbeiters, zu sichern, den Lebensstandard zu heben, den aus dem Arbeitsprozeß Ausscheidenden durch eine Altersversicherung vor Not und Elend zu schützen, genau das also, was auch der Sozialismus anstrebt. Man vergleiche dazu beispielsweise das Programm Trumans! Die Kommunisten, die vom Elend profitieren, haben die Gefahr auch sofort erkannt. Während sie bei ihrer Machtübernahme die Bürgerlichen wenigstens vorübergehend auf gewissen Posten beließen, entfernten sie doch — von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen — eilig alle Sozialdemokraten. Und in welchen Staaten gibt es am meisten Kommunisten? Seltsamerweise in den von bürgerlichen Mehrheiten regierten Ländern wie Frankreich und Italien, während unter sozialdemokratischen Regierungen (England, Schweden) den Kommunisten beinahe jeder Boden entzogen ist.

Die Tatsache widerlegen somit aufs deutlichste Werner Schobingers Behauptung: wirklicher Sozialismus sei immer auf dem Weg zum Kommunismus. Der Sozialismus entzieht vielmehr, indem er sich der Verelendung widersetzt, dem Kommunismus den Boden.

Damit fällt aber auch Schobingers zweiter Vorwurf, der demokratische Sozialismus schließe Demokratie überhaupt aus, in sich zusammen. Man erkennt dies erneut auch aus den schon zitierten Erklärungen der Sozialistischen Internationale, in denen es unter anderem heißt: «Es gibt keinen Sozialismus ohne Freiheit. Der Sozialismus kann nur durch die Demokratie verwirklicht, die Demokratie nur durch den Sozialismus vollendet werden.»

Schobinger hat es wohlweislich unterlassen, den Begriff «Demokratie» zu analysieren. Er wäre sonst unbedingt des Umstandes inne geworden, daß Demokratie den bürgerlichen Liberalismus, der ja wirtschaftlich untermauert ist, nicht ohne weiteres einschließt. Es waren bürgerliche Autoren, die darauf aufmerksam gemacht haben, daß eine Volksmehrheit die Abschaffung gewisser Freiheiten und Rechte beschließen könnte. Nach sozialdemokratischer Auffassung kann ein Mensch niemals wirklich frei sein, wenn seine wirtschaftliche Existenz jederzeit vom kapitalkräftigeren Gegner vernichtet werden kann. Gerade deshalb, also um die politische Demokratie zu retten, kämpfen die Sozialdemokraten für eine wirtschaftliche Demokratie, welche an den Gütern des Lebens alle teilhaben läßt und allen das Leben in der schweizerischen politischen Demokratie lebenswert macht. Es hieße Wasser ins Meer tragen, würden wir hier den sozialdemokratischen Kampf um die wirtschaftliche Freiheit des Arbeiters, um das Recht auf Arbeit und Brot, auf eine gesicherte Existenz im einzelnen schildern. Die Sozialdemokraten gehören — man kann es drehen wie man will — eben doch zu den notwendigen hochqualifizierten Arbeitern am Bau der Demokratie, gibt es doch ohne Sozialismus keine wahre Demokratie (vgl. T. Masaryk: Les problèmes de la démocratie, Paris 1924, S. 57).

Herr Schobinger schreibt: «Der Sozialismus an sich und auch die sozialistische Bewegung in der Schweiz ist und bleibt revolutionär, und zwar in dem Sinne, daß ein grundlegender Umbau von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft im Geiste des Sozialismus das Endziel bildet.» Er fährt weiter: «Über den Weg, der zu diesem Ziele führen soll, gehen die Meinungen auseinander, doch darf gelten, daß die überwiegende Mehrheit für den Weg der Demokratie eingenommen ist. Der Grund dafür braucht nicht weit gesucht zu werden, denn die freiheitliche Demokratie, wie sie in der Schweiz verwirklicht ist, bietet dem Sozialismus ausreichende Möglichkeiten, um zahlreiche seiner Postulate auf legaldemokratischem Wege durchzusetzen.»

Kann man aber das noch revolutionär im Sinne der Gewaltanwendung bezeichnen? Niemals, darf man doch Begriffe nicht so weit dehnen, daß sie sinnlos werden.

Der Kampf um die wirtschaftliche und formelle Freiheit begann, als die Lohnarbeiter unter dem erbarmungslosen Diktat des Kapitals am grausamsten litten. Wo dieses Diktat gebrochen wurde, verzichtete der Sozialismus auf die Anwendung revolutionärer Gewalt. Oder hat etwa in England oder Schweden der Sozialismus zur gewaltsamen, revolutionären Machtübernahme oder gar zur Diktatur geführt? War der Sozialismus hier staatsfeindlich?

So finden sich also nicht die geringsten Anhaltspunkte für Schobingers Behauptungen. Sie fehlen auch gänzlich in bezug auf die schweizerische Sozialdemokratie. Es blieb denn auch Schobinger wirklich nichts anderes mehr übrig, als — wie oben erwähnt — Äußerungen schweizerischer Sozialdemokraten umzudeuten. Wie das erfolgt, zeige ein einziges Beispiel.

Dr. Hans Oprecht schrieb im Aprilheft der «Roten Revue» 1943: «Wir erklären damit offen und unzweideutig: Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz führt mit diesem Manifest («Die Neue Schweiz», d. V.) den Kampf um die Mehrheit im Volk. Sie ist bereit, die politische Macht im Rahmen einer neuen Volksmehrheit zu übernehmen. Ihr Manifest zur neuen Schweiz soll den Weg für die SPS frei machen.» Niemand vermag in diesen Sätzen einen Verstoß gegen die demokratische Gesinnung zu entdecken. Schobinger aber biegt den Inhalt zu einem «revolutionären» Bekenntnis um, weil er den Präsidenten der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz und damit die Partei selbst diskreditieren will.

Die schweizerischen Sozialdemokraten haben sich je und je für die Schweiz als Demokratie eingesetzt. 1943 erklärten sie am Parteitag in Winterthur feierlich: «Solange eine internationale Gemeinschaft freier, friedlicher Völker nicht besteht, muß der schweizerische Kleinstaat alles tun, was in seiner Kraft liegt, um seine Grenzen und seine Unabhängigkeit zu schützen. Daher ist auch in der Nachkriegszeit eine starke Volksarmee notwendig. Sie wird um so schlagkräftiger sein, je besser Staat und Wirtschaft dafür sorgen, daß durch den Ausbau der Produktivkräfte unseres Landes und durch gerechte Güterverteilung jedem Schweizer Existenz, Arbeit und Brot gewährleistet ist.»

Am Parteitag 1948 in Bern wurden folgende Leitsätze festgelegte: «Die SPS befindet sich in Uebereinstimmung mit dem Willen des Schweizervolkes und den Interessen des Landes, wenn sie eindeutig an der Unabhängigkeit und Selbständigkeit gegenüber jeder Block-Politik, komme sie von Westen oder Osten, und an der schweizerischen Neutralität als staatspolitischer Maxime festhält.» Vor einigen Monaten erklärte Nationalrat Bringolf am Parteitag in Olten: «Unsere Haltung in der Frage des Schutzes und der Verteidigung unserer Heimat, die uns lieb und teuer ist, darf niemand in Zweifel ziehen, wenn er uns und die Arbeiterschaft nicht schwer in ihrer Ehre verletzen will.»

Aber eben — das ist es wohl gerade: man kann die Sozialdemokraten nicht stichhaltig angreifen. Ihre Treue zu Land, Volk und Verfassung steht außer Zweifel. So beleidigt man sie wenigstens, unterschiebt ihnen zweifelhafte Ziele, bezichtigt sie des Opportunismus, der Demokratiefeindlichkeit, «einer immanenten Sympathie für den offen diktatorisch auftretenden Kommunismus» — immer in der geheimen Hoffnung, daß irgend etwas hängen bleibe. Das ist kein fairer Kampf. Ueber alle parteipolitischen Differenzen hinweg sollte bei uns doch immer noch eine Diskussion der Ruhe und Sachlichkeit möglich sein.

Hinweise auf Zeitschriften

Stalin und Mao

Der Sieg der Revolution in China wird von der Weltpresse als Triumph Stalins, also auch des «Stalinismus», anerkannt. China gilt endgültig als «rot», als russischer Satellit, als das verlängerte Schwert des Kremls im Osten und Süden Asiens. Die Spekulationen auf Mao als künftigen Tito im Weltformat gehen von den gleichen irrigen Voraussetzungen aus. Ein abhängiger Parteiführer bricht mit der Zentrale, von der er bisher Befehle empfangen hat, und verwandelt sich aus einer Marionette in eine autonome Persönlichkeit.

Alle diese Überlegungen beruhen teils auf Unkenntnis, teils auf Vergeßlichkeit. Wie der Bolschewismus selbst seine Erfolge vom Oktober 1917 an seiner Fähigkeit verdankt, sich an die Spitze von Bewegungen zu stellen, die nicht sein Werk gewesen sind – angefangen mit der Bauernrevolution von 1917 bis zur Teilung der Welt von 1944/45 –, so ist er heute auch in China Nutznießer von Kräften, die er weder geschaffen noch zum Siege geführt hat. Das geht überzeugend aus zwei Darstellungen hervor, die aus entgegengesetzten Lagern stammen. In *pro und contra* (10) stellt der trotzkistische Theoretiker *Wilhelm Sprenger* (Bonn) das Verhältnis von Mao Tse-tung zu Stalin dar; und im *Merkur* (44) untersucht ein bürgerlicher Außenpolitiker, *Heinrich Bechtold*, der sich schon in einem Artikel «*Der Dritte Koreanische Krieg*» in der «*Außenpolitik* (I, 3) als guter Kenner ostasiatischer Fragen ausgewiesen hat, die Entwicklung vom Marxismus zum Maoismus, mit etwas anderen Akzentuierungen. Wie man gleich sehen wird, läßt sich die russische Politik auch in diesem Fall nicht eindeutig bestimmen, weil ihr Doppelspiel von *russisch-imperialistischer* und *bolschewistisch-verschwörerischer* Aktion für Reserven Vorsorge getroffen hat.

Maos Erfolge beruhen, wie beide Autoren anerkennen, auf dem Zusammenwirken von Theorie und Praxis. Was darunter zu verstehen ist, hat Mao in seiner 1937 veröffentlichten Schrift «*Über die Praxis*» dargelegt, die 1950 in Moskau und Peking neu aufgelegt wurde. 1937 und 1950 wurde Mao durch die Wirklichkeit zu taktischen Schwenkungen verpflichtet, denen er überlegen nachgekommen ist. Mao hat Marx als Theoretiker und Lenin als Praktiker studiert, und in China erklärt man Mao als den Vollender dessen, was ungenau als Marxismus-Leninismus zu bezeichnen Gewohnheit geworden ist.

Von Stalin und einem sogenannten Stalinismus ist dagegen keine Rede. Vor kurzem wurde, wie Bechtold schreibt, bekannt, daß Mao Stalin erst 1941/42 gelesen habe. Eine solche Unabhängigkeit vom Vater aller Wissenschaften und Künste hat sich noch kein Satellitenstrohmann leisten dürfen; für Mao, für China, ist sie eine Selbstverständlichkeit.

Maos *Neue Demokratie* ist ein Kompromiß und eine Anerkennung von Erfahrungen. Nach dem Langen Marsch war Mao die oberste politische Autorität geworden. Er stellte das Ziel auf, die chinesischen bürgerlichen Schichten von Tschiang Kai-schek zu trennen, auf die eigene Seite herüberzuziehen und mit ihrer Hilfe die bäuerliche Revolution weiterzutreiben. Seine Lehre der Neuen Demokratie akzeptiert die Koalitionspolitik, freilich unter Führung, auch unter dem Diktat der revolutionären Klassen. Der Erfolg Maos von